

Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

am Freitag feierten wir im Plenarsaal 65 Jahre Grundgesetz in seltener Einmütigkeit.

Besonders prägten sich für mich Worte des Festredners, des hochgeehrten Schriftstellers Navid Kermani, eines Deutschen mit iranischen Wurzeln ein, als er sagte, Deutschland ha-

be seine Würde am stärksten durch Demut und nicht durch Kraft bewiesen, als Willy Brandt in Warschau das Knie vor allen Opfern deutscher Gewalt gebeugt habe:

„Durch Europa kehrt Deutschland heim zu sich selbst und den aufbauenden Kräften seiner Geschichte.“

Diese Überzeugung wünschte ich allen Wählern und mehr noch Nichtwählern am kommenden Wahlsonntag. Europäische Gemeinschaft hat uns eine Epoche des Friedens und der Freiheit geschenkt, die noch niemals so lange andauert hat. Das steht vor und über allen

wirtschaftlichen Vorteilen und Problemen, auch vor bürokratischen Bürden und Sorge um eigene Tradition und Kultur. Wer diese Tradition gefährdet, gefährdet unsere Zukunft. Wir müssen nur auf den imperialistischen Zugriff Russlands auf die Ukraine schauen.

Ich wähle aus tiefer Überzeugung mein Deutschland in einer solidarischen europäischen Familie.

Viel Spaß beim

Lesen wünscht Ihnen Ihr

Martin Patzelt



„Ja, aber...“ zur Rente mit 63

In dieser Woche haben wir das Rentenpaket verabschiedet. Mit der Erweiterung der Leistungen bei der Mütterrente haben wir ein lange gehegtes Projekt von CDU und CSU umgesetzt.

Von der Rente mit 63 bin ich dagegen nicht hundertprozentig überzeugt. In meinen Augen handelt es sich dabei nicht um

eine Verbesserung unseres Rentensystems. Vielmehr geht es dabei um die einseitige Bevorzugung einer begrenzten Zahl von Arbeitnehmern, die obendrein meistens noch in den Genuss von Betriebsrenten kommen. Das sei ihnen auch gegönnt. Nur muss man auch klar sehen, dass sie nicht zu den sozial Schwächsten in unserem

Land gehören. Nachdem aber in den zu Wochenbeginn ausgehandelten Kompromiss auch die Schaffung einer Flexi-Rente zur Einbeziehung spezifischer Gruppen und Anrechnungszeiten beschlossen wurde, habe ich dem Rentenpaket – wenn auch widerstrebend – zugestimmt.

Nr. 14/18. WP
23. Mai 2014

Termine - Vorschau**26.05.14**

Vorstandssitzung Lebenshilfe e.V.

27.05.14

Mitarbeitertreffen im Wahlkreisbüro Beeskow

28.05.14

Brandenburger Regionalgespräch "Die Netzwerke der Raumentwicklung. Was weiß die Wissenschaft - was können wir aus der Praxis lernen.", Erkner

30.05.14

Landesbauernversammlung vom Landesbauernverband Brandenburg anlässlich der 24. BraLa, Schönwalde

02.-06.06.14

Sitzungswoche Berlin

02.06.14

Gespräch mit Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung) zum Thema Rechtsextremismus

Termin mit Herrn Buettner vom Human Rights Watch

03.06.14

Eröffnungsveranstaltung des 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages

04.06.14

Diskussionsrunde mit Minister Jörg Vogelsänger

02.-03.06.14

Besuchergruppe

www.martin-patzelt.de**Partydroge Crystal Meth breitet sich weiter aus**

Nach wie vor geht von der Droge Crystal Meth eine große Gefahr aus. Die Modedroge, die Körper und Geist schwer und dauerhaft schädigt, breitet sich weiter aus.

Anlässlich des Besuchs der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Marlene Mortler (CSU) stand das Thema Drogen im Mittelpunkt der Sitzung der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Crystal Meth wird insbesondere entlang der Grenze zu Tschechien, aber auch in Brandenburg konsumiert. Dabei spielt die

Droge, die vor allem in Tschechien produziert wird, nicht mehr allein auf Partys am Wochenende eine große Rolle. Zunehmend wird sie wegen ihrer leistungssteigernden Wirkung auch am Arbeitsplatz und in der Schule eingenommen.

Auch immer mehr allein erziehende Mütter glauben, ihre Probleme unter Zuhilfenahme von Crystal besser bewältigen zu können. Zur Verhinderung von noch größeren Schäden hat die Erarbeitung einer Präventionsstrategie oberste Priorität. Aufklärung tut hier dringend not,

denn allzu oft reagieren Jugendämter und Eltern hilflos oder schauen weg. Die Polizei konzentriert sich meist einseitig auf die großen Fische. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das geplante Präventionsgesetz möglichst schnell umgesetzt wird. Noch sind viele Präventionsbemühungen regional begrenzt. Hier ist ein flächendeckendes Angebot dringend erforderlich. Aber über allem steht die Frage, was kann ich selber tun als Elternteil, Lehrer, Nachbar und Wähler?

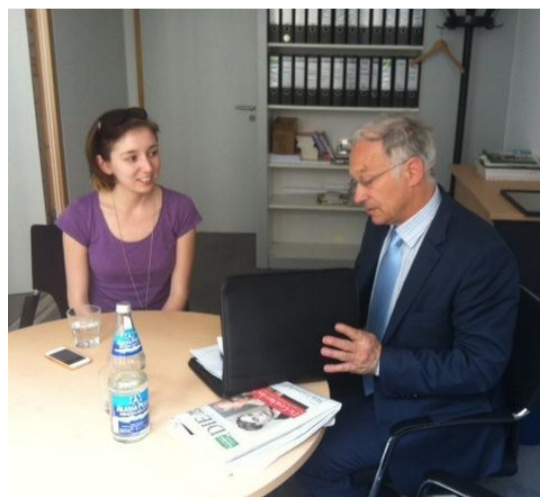
Legale Drogen nicht außer Acht lassen

Ungeachtet der notwendigen Fokussierung auf die Modedroge Crystal Meth sollten wir die Probleme mit den legalen Drogen nicht außer Acht lassen.

Das Suchtmittel Alkohol fordert jährlich 75.000 Tote, die Droge Tabak sogar 100.000 Tote. Die Zahl der Drogentoten lag

im vergangenen Jahr dagegen „nur“ bei 1.002. Sie ist seit zehn Jahren rückläufig. Das ist der Alkoholkonsum insgesamt zwar auch. Sorgen bereitet jedoch weiterhin das so genannte Komasaufen, das besonders Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren fasziniert. Auch in diesem Fall müs-

sen wir unsere Aufklärungsanstrengungen in den Schulen und außerschulischen Einrichtungen intensivieren. Vor allem aber sollten wir Erwachsene den Jugendlichen in Sachen Alkoholkonsum mit gutem Beispiel vorangehen. Vorleben ist nicht nur in diesem Fall die beste Präventionsmöglichkeit.



Frau Zarina Zinnatova kommt aus Kasachstan und studiert seit drei Jahren Politik und Medien in Bielefeld. Zur Zeit absolviert sie gerade ein Praktikum im Büro meines Abgeordnetenkollegen Heinrich Zertik. Hier führt Sie mit mir ein Interview zum Thema Medien und Politik.

Nein zur Sukzessivadoption

Am Donnerstag haben wir über das Recht auf eine „Sukzessivadoption“ für eingetragene Lebenspartnerschaften abgestimmt. Ich habe diesem Gesetz nicht zustimmen können.

Bislang war das Recht der „Sukzessivadoption“ heterosexuellen Paaren vorbehalten. Nun wird es nach einer entsprechenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auch auf homosexuelle Lebenspartner ausgeweitet. Lesben und Schwule können nun auch dann ein Kind adoptieren, wenn es zuvor bereits vom jeweiligen Partner adoptiert worden ist.

Mein Nein richtet sich jedoch nicht gegen homosexuelle Partner-

schaften. Für mich steht allein das Wohl des Kindes im Vordergrund. Wir können nicht mit Kindern umgehen, als wären sie unsere Verfügungsmasse.

Pflegeadoptionszeit verlängern

In meiner Zeit als Leiter eines Kinderheims habe ich eine Gruppe betreut, die nur aus Adoptivkindern bestand. Die wichtigste Frage für diese Kinder war die Suche nach ihrer natürlichen Identität, die im Übrigen auch durch die UNO-Kinderrechtskonvention geschützt wird. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Es wäre z.B. möglich, zum einen die Pflegeadoptionszeit, die der eigentlichen Adoption

vorangeht, zu verlängern, um eine Entwicklung und persönliche Einwilligung des adoptierten Kindes zu ermöglichen.

Ich halte es für dringend notwendig, dass wir grundsätzlich über das Thema Adoption diskutieren. In den letzten 30 Jahren hat sich die Situation grundlegend gewandelt. War es früher ein Problem, eine Familie für ein elternloses Kind zu finden, so haben wir heute sieben Bewerber für ein Kind. Geht es noch um die Kinder?

In einer der nächsten Sitzungen der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden wir diese Thematik aufgreifen.

Weniger Piraterie dank „Atalanta Mission“

Wie glücklich kann man sich schätzen, wenn man manche Situationen und Dialoge persönlich miterlebt hat.

Denn einmal mehr wurde mir bei der Berichterstattung der „Märkischen Oder-Zeitung“ vom 22. Mai 2014 bewusst, wie sehr Menschen durch Halbwahrheiten in die Irre geführt werden können. Darin wurde

über die Argumentation der Links-Fraktionsredner, die der Regierung durch ihre Beteiligung an der Atalanta Mission Mitverantwortung an Tod und Hunger vieler Menschen in Somalia vorwarfen, berichtet.

Die Entgegnung der Regierungsfaktionen das durch dieses gemeinschaftliche militärische Handeln Piraterie in erschreckendem wach-

sendem Ausmaß nahezu aufgehalten wurde, das Nahrungsmittel für hungernde Menschen endlich gefahrlos ihr Ziel erreichen können, darüber wurde kein Wort verloren.

Ratschlag: Immer versuchen bei solchen schwerwiegenden Vorwürfen, auch die andere Seite zu hören.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro**Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch
Dr. Markus Zaplata
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro**Eisenhüttenstadt**

Helga Grune
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro**Beeskow**

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Opferschutz bei Menschenhandel und Zwangsprostitution

Am Mittwoch fand im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe eine öffentliche Anhörung zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa statt. Hintergrund ist die vollkommen unzureichende Situation der sowohl unter sexueller Ausbeutung als auch unter Arbeitsausbeutung leidenden Mädchen, Frauen und Männer. Ihre Lage hat sich nach der Einführung des Prostitutionsgesetzes von 2001 leider verschlechtert. Statistische Angaben zu Fall- und Opferzahlen aufgrund des Menschenhandels liegen aber nur in geringem Maße vor. Die Dunkelziffer ist hoch, da sich die Opfer aus Angst vor neuerlicher Gewalt nicht ä-

ßern. Nur selten finden sich Betroffene bereit, gegen ihr soziales Umfeld auszusagen. Hinzu kommt die Angst vor einem Verdienstaustausch, was eine Gefährdung der Unterstützung für die Familien bedeuten würde. Darum war es nach meiner Meinung der richtige Zeitpunkt, in einer öffentlichen Anhörung unabhängige Sachverständige zu hören, die über die bisherigen Hintergrundinformationen hinaus zu einer differenzierten objektiven Wahrnehmung der Situation beitragen konnten.

Für die Experten war klar, dass erstens die Rechtssituation der Frauen gestärkt werden muss. Zweitens müssen Regelungen gefunden werden, die die Opfer

nicht weiter stigmatisieren.

Der Journalist Michael Jürgs schilderte, wie junge Frauen zunächst von Menschenhändlern als Verkäuferinnen und Pflegekräfte nach Deutschland gelockt werden. Einmal angekommen sind sie ständigen Repressalien bis hin zu brutaler Zwangsvergewaltigung ausgesetzt. Jürgs forderte ein strikteres Vorgehen gegen die Zuhälter und Menschenhändler.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die im CDU/CSU-Eckpunktepapier konkretisierten Vorhaben zum Schutz der Opfer, zur Stärkung der Rechte der Betroffenen und zur Verfolgung der kriminellen Hintermänner vordringlich umgesetzt werden.

Unterstützung für Aktion zur Kindergesundheit

Gerne unterstütze ich die Kampagne „5 fürs Leben“ von World Vision. Mit dieser Aktion will die weltweit tätige Kinderhilfsorganisation etwas für die Gesundheit von Kindern tun. Jährlich sterben über sechseinhalb Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag an leicht vermeidbaren oder behandelbaren Krankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung oder Malaria. Mit ihrer Akti-

on sammelt World Vision bis zum 31. August „Geburtstagswünsche“ für Kinder, die keine angemessene Gesundheitsversorgung erhalten. Das Ergebnis der Kampagne wird der Bundesregierung übergeben. Weitere Informationen sind unter www.gesunde-kinder-weltweit.de erhältlich. Als Mitglied im Familien- und im Menschenrechtsausschuss liegt mir das Wohlergehen von Kindern in aller

Welt sehr am Herzen. Es ist wichtig, dass wir in unserem Land ein Bewusstsein dafür schaffen, dass wir Verantwortung für diese Erde tragen. Aus diesem Grund werde ich mich auch dafür einsetzen, dass die von World Vision erarbeitete Ausstellung über Kinder in Konfliktregionen demnächst in meinem Wahlkreis gezeigt werden kann.